fung vorzubereiten. Für eine Interventionsarmee sind Berufssoldaten besser geeignet.

Seit dem Beginn des Anti-Terror-Krieges, hat der Wehrminister bereits verkündet, werden „Deutschlands Interessen am Hindukusch verteidigt“. Und ähnlich wie der erste Kanzler der Republik, Konrad Adenauer, verlangen Schröder und Fischer für ihren militärischen Beitrag auch eine Gegenleistung: den ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

So dürfte nun auch die letzte Bastion des ursprünglichen rot-grünen Antimilitarismus bald geschleift werden – jener „Parlamentsvorbehalt“, die 1994 vom Bundesverfassungsgericht verfügte Bedingung, dass Auslandseinsätze außerhalb des Nato-Gebietes der „konstitutiven Zustimmung“ des Bundestags bedürfen. Schon seit Monaten brütet eine Arbeitsgruppe der Regierungskoalition über dem Entwurf eines „Parlamentsbeteiligungsgesetzes“. Die Abläufe sollen gestrafft werden.

Wie sehr das nach seiner Auffassung nötig ist, hatte der Berliner Verteidigungsminister am Donnerstag vergangener Woche in Colorado Springs erlebt. Fast alle seine Kollegen, wurde ihm dort schmerzlich bewusst, können selbst entscheiden, ob sie Truppen für die neue „Nato Response Force“ bereitstellen wollen – nur er muss bislang eine Kabinettsitzung, drei Lesungen des Bundestages und zwei Sitzungen der Ausschüsse für Verteidigung und Äußeres über sich ergehen lassen.

Schröder und Fischer, die ewigen Debatten im Bundestag ohnedies längst leid, sinnen auf Abhilfe. In ihrer Umgebung wird Struck für seinen abrupten Vorstoß dennoch getadelt, weil er damit die laufenden Beratungen für ein „Beteiligungsgesetz“ eher gefährden könnte. Offiziell lehnte Schröder am Freitag jede Stellungnahme ab.

Dass der bisher rigide gehandhabte Parlamentsvorbehalt früher oder später fällt, ist nun erstmals möglich. Anfang der neunziger Jahre ging es den deutschen Parteien darum, Auslandseinsätze der Bundeswehr so schwierig wie möglich zu machen – der Krieg als letztes Mittel. Doch heute, wo Deutschland sich an acht internationalen Militärmissionen beteiligt, hat sich die Beweislast umgekehrt.

Wichtig ist es der Regierung nun, dabei zu sein – je schneller, desto besser. Von der Mahnung der grünen Parteivorsitzenden Angelika Beer, wer den Vorbehalt abschaffe, entmündige das Parlament, wird sie sich kaum noch beirren lassen.

Denn der Bundeskanzler will sein Land auch auf militärischem Gebiet in die „neue Normalität“ führen. Das Ende der Wehrpflicht ist nur mehr eine Frage der Zeit – und niemand bestreitet das noch. „Wer in diese Richung denkt“, so Schröder kürzlich in vertrauter Runde, „denkt nicht verkehrt.“

Ralf Beste, Petra Bornhöft, Wolfgang Reuter, Harald Schumann, Gabor Steingart

UNION

Das eiserne Mädchen

Heftiger Richtungskampf und neue Rollenspiele bei den Konservativen: Angela Merkel übt Härte, Edmund Stoiber profiliert sich als soziales Gewissen. Ausgerechnet Roland Koch will vermitteln.

BJÖRN HAKE / ACTION PRESS

CDU-Chefin Merkel in Düsseldorf*: *„Gut gemeint ist nicht gut gemacht“*

Was soziale Kälte ist, musste Norbert Blüm vergangenen Dienstag am eigenen Leib erfahren. Fast acht Jahre hatte er mit Angela Merkel an einem Kabinettstisch gesessen, aber als sie bei ihrer Rede auf der CDU-Regionalkonferenz in Düsseldorf die Errungenschaften der Ära Kohl lobte, erwähnte sie den früheren Arbeitsminister nicht.

Blüm saß mit zusammengekniffenen Lippen direkt vor dem Rednerpult und wartete vergebens auf seinen Namen. Als er seiner Parteichefin kurz darauf „saloppen Snobismus“ vorwarf, hagelte es Buh-Rufe. „Wie gut, dass Ihre Rente sicher ist“, verspottete ihn einer von der Basis.

Am Tag darauf, als Blüm beim Frühstück saß, rief ihn sein Freund Heiner Geißler an, der ehemalige CDU-Generalsekretär. „Ziemlich deprimierend, wir müssen was machen“, sagte Geißler, 73, der Blüms Auftritt im Fernsehen gesehen hatte. „Ja, es ist höchste Zeit zurückzuschlagen“, pflichtete Blüm, 68, ihm bei.

* Mit dem NRW-Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers und CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer am 7. Oktober.

Der Aufstand der alten Männer ist Teil eines Richtungskampfs, wie ihn die Union lange nicht erlebt hat. Das Verschwinden einer politischen Welt, in der sie sich heimisch fühlten, durchleiden derzeit viele Parteimitglieder. Mit ungekannter Härte und Entschiedenheit treibt die Vorsitzende ihr Reformprogramm voran, das eine Kommission unter Vorsitz von Altbundespräsident Roman Herzog für sie erarbeitet hat. Damit fordert sie nicht nur den linken Flügel heraus, sondern auch ihre Mitbewerber im Kampf um die Kanzlerkandidatur.

Die 49-jährige promovierte Physikerin will, dass das Gesundheitssystem neu konstruiert und die Pflegeversicherung privatisiert wird. Statt immer kürzer sollen die Menschen länger arbeiten. Es sind nicht nur Eckpfeiler von 16 Jahren Unionspolitik unter Helmut Kohl, die sie entsorgen will. Merkel möchte die Sozialsysteme so kräftig umpflügen, dass alle noch auf den Reichskanzler Bismarck zurückgehenden Konzepte nach und nach aus dem Programm der Partei verschwinden würden. Am Ende stünde, da haben

Volkspartei

CDU/CSU-Wähleranteil laut aktueller Sonntagsfrage unter:

▶ Rentnern	52 %
▶ Angestellten/Beamten	50 %
▶ Freiberuflern/ Selbständigen	49 %
▶ Arbeitern	47 %
▶ Arbeitslosen	37 %
Insgesamt	**50 %**

NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 7. und 8. Oktober; rund 1000 Befragte

Blüm und Geißler Recht, eine andere CDU – und, nach einem Machtwechsel, wohl auch ein anderes Land.

Dabei gehört der Stolz auf die sozialen Errungenschaften mindestens ebenso ins christdemokratische Traditionskabinett wie das Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Bislang galt in der Union der Grundsatz, dass der Dauerkonflikt zwischen Wirtschaftsflügel und Sozialausschüssen ertragen werden müsse. Als erste CDU-Vorsitzende will Merkel ihn entscheiden.

Das erklärt die heftigen Reaktionen auf ihre Ankündigungen. Merkels CSU-Fraktionsvize Horst Seehofer zeigte sich „schockiert". CDU/CSU-Mittelstandschef Peter Rauen warf den Sozialpolitikern im Gegenzug vor, sie handelten „grob fahrlässig, unseriös und verantwortungslos". Der Einsatz ist hoch, der Ton entsprechend scharf.

Die Zeiten, in denen Merkel die Wonnen der Unentschiedenheit genießen konnte, gehen zu Ende. So lange jeder Wortführer hoffen durfte, zu guter Letzt würde sich die Vorsitzende auf seine Seite schlagen, war ihr viel Sympathie gewiss. Nun spaltet sie, nach einem im Sommer gereiften Plan, die Union in Gegner und Freunde ihrer Position.

Vor allem aus der CSU kommt Widerstand. Die Bayern profilieren sich als Hüter christdemokratischer Traditionen, Parteichef Edmund Stoiber gibt die Rolle des sozialen Gewissens der Union. Erstmals seit seiner Kür zum Kanzlerkandidaten Anfang 2002 liefern sich die Schwesterparteien eine offene Konfrontation.

Dabei hatte sich Stoiber vor der bayerischen Landtagswahl im September noch als Radikalreformer gegeben. Die bewusst abwartende Kollegin nervte er mit einem „Akutprogramm für den Sanierungsfall Deutschland", das er nicht mit ihr abgesprochen hatte. Darin war viel von Einschnitten, Reformen und Leistungskürzungen die Rede.

Doch nachdem sich die CDU-Chefin öffentlich zum grundlegenden Umbau des Sozialstaates bekannt hatte, änderte Stoiber die Melodie. Auf einer Pressekonferenz am vergangenen Mittwoch sagte er an Merkels Adresse, es gehe nicht, dass Millionen Bürger zu Empfängern von Transferzahlungen degradiert würden. „Der Sozialstaat muss reformiert, aber das Kind darf nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden." Die Berliner Oppositionschefin, von der Attacke aus München überrascht, mahnte Stoiber am Donnerstagmorgen telefonisch, den Streit nicht eskalieren zu lassen.

Der bayerische Ministerpräsident sieht eine gute Gelegenheit, sich im Ringen um die Kanzlerkandidatur als Hüter der sozialen Gerechtigkeit auszuzeichnen. Es schmeichelt ihm, wenn der Vorsitzende der christdemokratischen Arbeitnehmerschaft, Hermann-Josef Arentz, verkündet: „Von der CSU lernen heißt siegen lernen." Stoiber möchte in der großen Schwesterpartei Anhänger sammeln, am liebsten gleichzeitig als Anwalt der kleinen Leute und als Reformer. Damit der Spagat gelingt, will er sich möglichst wenig festlegen.

Das Rentenkonzept, das Stoiber angekündigt hat, soll vor allem eine Sammlung von Wohltaten enthalten: 50 Euro Beitragsrabatt für jedes Kind, keine Beitragssteigerung auf mehr als 20 Prozent, die Witwenrente wird nicht gekürzt, das Renteneintrittsalter nicht erhöht. Wie das finanziert werden soll, lässt der Bayer lieber offen.

In der Gesundheitspolitik will Stoiber eigene Vorschläge erst gar nicht vorlegen. „Wir haben ein bewährtes System", sagt er – unbeeindruckt vom Szenario der Kassen, sie könnten die Beiträge womöglich nicht, wie nach den jüngst beschlossenen Einschnitten geplant, absenken.

Stoiber weiß, dass ihm eine zweite Kanzlerkandidatur verwehrt bleibt, wenn er in der CDU polarisiert. Der Ruf nach harten Reformen vom harten Stoiber klingt einstweilen gefährlicher als der Ruf nach harten Reformen von der netten Merkel. Entsprechend moduliert er seine Tonlage – mit Erfolg: Laut einer SPIEGEL-Umfrage ist der Bayer zurzeit der zweitbeliebteste Politiker in Deutschland (siehe Seite 52).

Allerdings darf er sich auch nicht zu sozialdemokratisch gerieren, weil er dann in Konflikt gerät mit den Jungen in seiner Partei. Auch die drängen auf Reformen. „Der Umbau der Pflegeversicherung ist ein Modellprojekt", sagt der Vizesprecher der jungen Unionsabgeordneten im Bundestag, Georg Fahrenschon.

Das schränkt Stoibers Handlungsmöglichkeiten ein. Darum streuen seine Vertrauten, der Dissens sei eigentlich gar nicht so groß. „Am Ende werden wir zu einer gemeinsamen Position kommen", sagt ein Präsidiumsmitglied der CSU.

Um einen Kompromiss bemüht sich nun vor allem Roland Koch, hessischer Ministerpräsident und dritter Anwärter auf die Kanzlerkandidatur der Union. Bislang eher als Hardliner bekannt, übt er sich plötzlich als Moderator. Koch hat sich zwar im Prinzip für die von Merkel favorisierte Kopfpauschale ausgesprochen. Zugleich macht er sich aber die Bedenken Stoibers und der Sozialausschüsse zu Eigen. „Ich gebe zu, dass es mir nicht passt, dass der soziale Ausgleich über Steuern stattfinden soll", sagt er.

Allein im Gesundheitswesen wären nach einer Umstellung auf gleiche Beiträge für alle über 27 Milliarden Euro aus Steuermitteln für sozial Schwache nötig. Die vorgeschlagenen Änderungen bei Rente und Pflege würden den Betrag auf mehr als 50 Milliarden Euro ansteigen lassen. Wie der Fiskus das Geld eintreiben soll, darüber sagen Herzog und Merkel nichts.

Nun prüfen Kochs Fachleute, ob der Sozialausgleich nicht auch über Beiträge erfolgen kann. Sein Vertrauter, der CDU-Rentenexperte Andreas Storm, regt an, neben dem Bundeshaushalt einen separaten „Sozialetat" zu bilden, auf den der Finanzminister keinen Zugriff hätte. Gespeist würde dieser Sonderfonds nicht aus dem allgemeinen Steueraufkommen, sondern aus einer „solidarischen Gesundheitsabgabe", wie Storm sagt.

In zwei Wochen will Koch seine Vorschläge präsentieren. Er hofft, damit zu schaffen, was der Parteivorsitzenden noch nicht gelungen ist: CDU und CSU, Wirt-

Gegner der Merkel-Pläne zum Umbau der Sozialsysteme

BERND THISSEN / DPA

„Die Welt der Angela Merkel ist nicht meine CDU."

Norbert Blüm

MICHAEL PANCKOW / ACTION PRESS

„Diese Belastungen würden viele Bürger überfordern."

Edmund Stoiber

MARKUS SCHREIBER / AP

„Selten hat mich etwas so schockiert wie diese Vorschläge."

Horst Seehofer

„Unplausible Annahmen“

Der Herzog-Plan für eine radikale Sozialreform, rügt Konkurrent Rürup, basiere auf fragwürdigen Daten.

Wenn CDU-Chefin Angela Merkel in diesen Tagen eine ihrer Regionalkonferenzen abhält, geht es zu wie bei einer Managersitzung. Bunte Grafiken werden an die Wand geworfen, dicke Tabellenbände liegen auf den Tischen, endlose Kolonnen von Zahlen und Fakten schüchtern unkundige Zuhörer ein. Die umstrittenen Herzog-Vorschläge zum Umbau der Sozialsysteme, so das Signal, sind allesamt sauber durchgerechnet und wissenschaftlich fundiert.

Daran gibt es Zweifel. Ein internes Papier aus der von der Regierung bestellten Rürup-Kommission übt deutliche Kritik am Zahlenwerk der CDU-Konkurrenz. Von „unplausiblen Annahmen“ ist die Rede, von „unvollständigen Basisdaten“ und „unsinnigen Durchschnittsbetrachtungen“. Kern der Vorwürfe: Der Expertenkreis um Altbundespräsident Roman Herzog habe die Entwicklung der gesetzlichen Alters- und Pflegekassen zu pessimistisch und die Möglichkeiten privater Kapitaldeckung zu optimistisch bewertet.

So gehen die Herzog-Rechnungen davon aus, dass die Arbeitslosenquote in den nächsten Jahrzehnten nahezu unverändert bei über neun Prozent verharrt. In den Langfristprognosen der Regierung sowie nahezu aller unabhängigen Institute wird dagegen regelmäßig ein deutlicher Rückgang spätestens ab 2020 unterstellt. Dass die CDU-Kommission eine steigende Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren anstrebt, schlage sich „nicht in den Daten zur Arbeitslosigkeit nieder“, monieren die Kritiker um den sozialdemokratischen Wirtschaftsprofessor Bert Rürup. Zudem weise das oppositionelle Expertenteam „die Zahl der Beschäftigten ohne geringfügig Beschäftigte“ aus.

Ebenso irreführend finden die Rürup-Leute die Aussage zur Pflegeversicherung. So rechnet Herzog bis 2030 mit einem Beitragsanstieg von heute 1,7 Prozent auf 2,6 Prozent des Bruttolohns, wenn die Leistungen nicht angepasst werden. Um das System vollständig auf Kapitaldeckung umzustellen, kalkuliert der Christdemokrat mit einem nicht dramatisch höheren Beitragssatz von 3,2 Prozent. Nach Meinung der Regierungsexperten dagegen dürfte das „nicht ausreichen“, erforderlich seien „circa 4 Prozent“.

Nicht weniger Zweifel haben die Rürup-Wissenschaftler am Zahlentableau für die Rente. So schlägt die Herzog-Kommission beispielsweise vor, dass Arbeitnehmer, die 45 Jahre lang eingezahlt haben, bereits mit 63 in Rente gehen können. Dass eine solche Regelung die Alterskassen aber zusätzlich belastet, sei in den CDU-Prognosen nicht „gegengerechnet“, so das Papier. „Falsch“ sei außerdem die Annahme, dass durch eine Erhöhung des tatsächlichen Renteneintrittsalters Geld zu sparen wäre. Schließlich müssten Frührentner Abschläge in Kauf nehmen, deshalb sei „die langfristige Wirkung gleich null“.

Dass die Herzog-Vorschläge auf einer fragwürdigen Datenbasis beruhen, räumen hinter vorgehaltener Hand sogar Unionsexperten ein. Die Verantwortung freilich reichen sie an die Unternehmensberatung McKinsey weiter, die das CDU-Konzept durchgerechnet hat.

„Was wir von denen an Zahlen bekommen haben“, sagt ein Mitglied der Herzog-Kommission, „war unglaublich schlecht.“

Michael Sauga

KARSTEN HENNIG / ACTION PRESS

Reformer Merkel, Herzog: *„Unsinnige Durchschnittsbetrachtungen“*

schafts- und Sozialflügel auf eine Linie zu bringen. Ganz nebenbei hätte er seiner Vorsitzenden und Konkurrentin eine kleine Niederlage beigebracht. Sie hat sich für die Steuerfinanzierung stark gemacht.

Während Stoiber und Koch ihre soften Seiten entdecken, macht Merkel auf eisernes Mädchen. Den Kampf um die Macht führt sie in bewährter Manier derzeit dort, wo sie am ehesten Zustimmung findet, an der Basis. Auf sechs Regionalkonferenzen will Merkel ihr Konzept vorstellen. Die ersten beiden Auftritte in der vergangenen Woche waren für sie ermutigend. Die Basis murrt, aber sie murrt leise. Nur die Mitglieder der CDU-Sozialausschüsse griffen die Herzog-Vorschläge, die mit fragwürdigen Zahlen arbeiten (siehe Kasten), frontal an. „Was wäre ein Staat ohne Gerechtigkeit anderes als eine große Räuberbande“, zitierte deren Chef Arentz den Heiligen Augustinus.

„Es hat keinen Zweck, den Kopf in den Sand zu stecken und nur angenehme Dinge zu verkünden“, sagte die Parteichefin etwa in Erfurt und bekam dafür großen Beifall. Die Sozialpolitik der Regierung Kohl, in der sie selbst acht Jahre Ministerin war, hatte sie zuvor mit kühlem Spott abgefertigt: „Gut gemeint ist nicht gut gemacht.“

Bei der Christdemokratin hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass ihr tastender Kurs nicht in erster Linie den Kanzler in Schwierigkeiten brachte, sondern sie selbst. So erfand sich Merkel neu – und wenn sie damit Erfolg hat und nicht abermals umschwenkt, könnte sie eine Art deutsche Maggie Thatcher werden.

Die verfolgte als britische Premierministerin von 1979 bis 1990 einen harten Konfrontationskurs. Dabei habe die Eiserne Lady darauf geachtet, dass es langfristig mehr Gewinner als Verlierer gibt, schreibt der Historiker Dominik Geppert jetzt in einem Buch („Maggie Thatchers Rosskur – ein Rezept für Deutschland?“).

Geppert vergleicht die Lebensläufe von Thatcher und Merkel und findet einige Ähnlichkeiten: ein naturwissenschaftliches Studium, Aufstieg während einer existenziellen Krise der Partei. Aber die Britin, schreibt der Zeitgeschichtler, habe auch deshalb radikal auftreten können, weil sie als Parteichefin der Konservativen automatisch Zugriff auf die Spitzenkandidatur hatte.

Die Berliner Oppositionsführerin dagegen muss sich ständig in Machtkämpfen behaupten und ihre Positionen womöglich doch noch abschleifen. Statt zur „deutschen Thatcher“ würde sie zur „Maggie von Mecklenburg“, wie Außenminister Joschka Fischer jetzt schon spottet.

Ralf Neukirch, Christoph Schult